



Foto: dpa

**Entscheidung.** Wenn das Bundesverfassungsgericht die Auflösung des Bundestages nicht aufhebt, wird am 18. September in Deutschland gewählt.

## Denk' ich an Deutschland in der Nacht ...

Gastkommentar von Heiner Flaßbeck

**W**ar das ein Befreiungsschlag! Schröder befreit Deutschland von Rot-Grün, befreit sich von der Politik, befreit seine Partei von den Linken und, wer hätte das gedacht, befreit die Wähler von der Alternativlosigkeit. Plötzlich entdecken 10 bis 12 Prozent der Wahlbürger, dass es links von der SPD noch Leben gibt und scheinen tatsächlich bereit, dort ihr Kreuzchen zu machen. Das hat eine Reihe von Konsequenzen, einige davon werden uns um den Schlaf bringen.

Zwar dürfte mit dieser fundamentalen Wende in der deutschen Politik der Traum von Guido Westerwelle vom Ministeramt ausgeträumt sein, was uns ruhig schlafen lässt, zum anderen aber strebt die Republik geradewegs auf die Staatsform zu, die sie insgeheim am meisten liebt: Große Koalition, starke Regierung, keine Opposition in Bundstag und Bundesrat, endlich der rechte Platz für die Reformer in den

beiden Volksparteien. Wer kann da noch schlafen?

Worauf wird sich eine große Koalition der Reformer einigen? Nun, zunächst auf den Tatbestand, der in allen Programmen von CDU und SPD in den letzten und für die kommenden Jahre schon beinahe ein Gemeinplatz ist. Die deutschen Lohnkosten sind zu hoch, insbesondere die Lohnnebenkosten erdrücken die deutsche Wirtschaft wie die Arbeitnehmer und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland. Wie ernst es beiden Parteien damit ist, kann man ohne weiteres an ihren Ankündigungen und ihren Aktionen ablesen. Um hier gegenzusteuern hat die CDU doch tatsächlich in der schwierigsten Binnenmarktsituation seit 50 Jahren fest vor, die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Die SPD hat die Grenze von 20 Prozent Lohnnebenkosten schon seit Jahren zum Dogma erhoben, weil sie glaubt, in der Begrenzung der gefährlichen Lohnnebenkosten die zentrale Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung gefunden zu haben.

Die dem zugrunde liegende These ist einfach und scheinbar so unmittelbar einleuchtend, dass auch nichts ahnende Politiker sie jederzeit nachvollziehen können: Die Arbeitskosten steigen wegen der Kosten des Sozialstaates (in Form der berühmten Lohnnebenkosten) stärker als es wirtschaftlich, d.h., für die Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsstandes, vertretbar ist. Die Nachfrage nach Arbeit ist deswegen nicht ausreichend groß, um Vollbeschäftigung herzustellen.

Wenn ein Politiker aber seine drei Sinne noch beisammen hat, muss er doch fragen, welchen empirischen Befund man vorfinden muss, wenn diese These auch wirtschaftspolitisch zu vernünftigen Schlussfolgerungen und positiven Ergebnissen führen soll? Offenbar müssten dann die gesamten Arbeitskosten einschließlich der Lohnnebenkosten in den Zeiträumen, in denen die Arbeitslosigkeit gestiegen ist, real (also unter Berücksichtigung der gleichzeitig eingetretenen Preissteigerungen) weit stärker gestiegen sein, als es der Zunahme der Produktivität der Arbeit entspricht. Konkret, es müsste sich zeigen lassen, dass

Auf der GEW-Homepage unter [www.gewnds.de](http://www.gewnds.de) sind die DGB-Wahlprüfsteine zu finden.

zwar die von den Tarifpartnern ausgehandelten Löhne der Produktivitätsregel gefolgt sind, nicht aber die vom Staat induzierten Lohnnebenkosten. Diese besondere Belastung der Unternehmen durch den Sozialstaat müsste sich in einer offenen Volkswirtschaft in einem Verlust von Wettbewerbsfähigkeit wegen einer im internationalen Vergleich hohen Preissteigerung und damit in einer dauerhaften Schwäche der Währung niederschlagen.

Gibt es einen solchen empirischen Befund für Deutschland? Einen Befund, der in diese Richtung geht, gab es in Westdeutschland zuletzt Anfang der 70er Jahre, also vor 30 Jahren. Für Ostdeutschland findet er sich – ebenfalls für die gesamten Arbeitskosten – in den ersten Jahren nach der Vereinigung. Seit Anfang der 80er Jahre sind die realen Arbeitskosten in Westdeutschland praktisch immer hinter der Zunahme der Produktivität zurückgeblieben, die Lohnquote ist fast durchgängig gefallen.

Im internationalen Vergleich sind die gesamten Arbeitskosten im Verhältnis zur Produktivität in Deutschland immer nur äußerst moderat gestiegen, was sich direkt in der Statistik, indirekt auch an der durchgängig hohen Bewertung der D-Mark und später des Euro ablesen lässt. Hinzu kommt aktuell, dass Deutschland unglaubliche Exporterfolge feiert und der Binnenmarkt am Boden liegt. In diesem Jahr wird Deutschland trotz weiter vorhandener ostdeutscher Exportschwäche mit 110 Mrd. \$ Jahr den zweitgrößten Leistungsbilanzüber-

schuss aller Länder der Erde aufweisen. Nur der japanische Überschuss ist noch größer; China, vor dem sich alle fürchten, fällt mit nur 70 Mrd. dagegen deutlich zurück.

Es gibt folglich keinerlei Beleg für die These, die Löhne oder/und die Lohnnebenkosten seien in Deutschland zu hoch. Genau das Gegenteil ist richtig. Daraus wiederum folgt, dass eine große Koalition, die sich vor allem darauf kapriziert, die Lohnkosten zu senken und die Lohnnebenkosten in Schranken zu halten, vollkommen an den relevanten Zusammenhängen vorbei operiert. Ein Chirurg, der das falsche Bein amputiert, wird gefeuert, Politiker, die über Jahrzehnte an einer Diagnose festhalten, die hundert Mal von der Statistik widerlegt wurde, dürfen immer wieder von Neuem an Patienten herumfuschen.

Das heißt, ob mit großer oder kleiner bürgerlicher Koalition, ob mit oder ohne SPD, am falschen Programm der neuen Regierung geht aus heutiger Sicht kein Weg vorbei. Man wird so weitermachen wie in den letzten sieben Jahren und am Ende der nächsten Legislaturperiode im Jahre 2009 wird



Deutschland vor einem großen Scherbenhaufen stehen. Unvorstellbare 30 Jahre werden dann diverse Regierungen damit zugebracht haben, das Land zu Tode zu reformieren. Alle nur getrieben von dem schlichten Vorurteil, dass man nicht mehr so weitermachen könne wie bisher und der Wohlfahrtsstaat das Größte aller Übel ist.

Mir persönlich, dank Wohnsitz in Frankreich, bleibt immerhin das tröstliche Ende von Heinrich Heines Nachtgedanken: Gottlob! Durch meine Fenster bricht französisch heitres Tageslicht; es kommt mein Weib, schön wie der Morgen, und lächelt fort die deutschen Sorgen.

Dr. Heiner Flaßbeck, 55, Honorarprofessor an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik und Vorstand von UNCTAD in Genf, war 1998/99 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium.

## Spät, doch nicht zu spät



EIN KOMMENTAR  
VON  
EBERHARD BRANDT

Die Zeitungslektüre in den Sommerferien dieses Wahlkampfjahres war ja nicht immer erfreulich oder erheiternd. Ausgerechnet ein Artikel in der FAZ am Montag, den 15. August

machte mich dann darauf aufmerksam, dass die GEW in der Auseinandersetzung um die Eigenverantwortliche Schule Unterstützung mit starken Argumenten findet.

Fünf Einsprüche gegen die technokratische Umsteuerung im Bildungswesen legen die Professoren Andreas Gruschka, Ulrich Herrmann, Frank-Olaf Radtke, Udo Raulin, Jörg Ruhloff, Horst Rumpf und Michael Winkler jetzt im August vor, begründen ihn mit Thesen und laden ErziehungswissenschaftlerInnen und Pädagogen ein sie durch Unterschrift und Teilnahme an einem Kongress zu unterstützen.

„Wir wenden uns gegen die Illusionen einer alle Parteien übergreifenden Bildungspolitik, die das Bildungssystem nach betriebswirtschaftlichen Mustern in den Griff zu bekommen versucht.“

- Wir widersprechen der völlig irreführenden Behauptung, bei der gegenwärtigen Umorganisation der Bildungsinstitutionen gehe es um mehr Autonomie von Schulen und Hochschulen.
- Wir halten es für einen folgenschweren Irrtum, wenn behauptet wird, Erziehungswissenschaft erfülle ihren Auftrag nur dann, wenn sie unmittelbar verfügbare und kurzfristig nutzbare Ergebnisse für Politik und Praxis zeitigte.
- Wir protestieren gegen die weitere Aushöhlung von universitären Studiengängen – insbesondere auch in der Lehrerausbildung – durch ihre zunehmende Verschulung.
- Wir bezweifeln die vorherrschende Meinung, die Festlegung und Durchsetzung von Leistungsstandards zur Überprüfung von Basiskompetenzen sei ein geeignetes Mittel, um der demokratischen Forderung nach größtmöglicher Gleichheit im Bildungswesen Genüge zu tun.“

Die Wissenschaftler betonen, dass eine strukturelle und inhaltliche Reform von Schule und Hochschule auf der Tagesordnung steht. Die nun in verschiedenen Bundesländern ins Werk gesetzten Maßnahmen aber seien durch politisch administrative Bevormundung und technokratische Steuerung von Schulen und Hochschulen gekennzeichnet. Deren Mängeln könne so nicht abgeholfen werden. Die politische Instrumentalisierung der Ergebnisse der PISA-Studien und

der sogenannte Bologna-Prozess solle Steuerungs- und Kontrollillusionen nähren, die bereits in den 70er Jahren enttäuscht wurden. Es sei nicht die Zeit gelassen zuzuschauen, „bis die Hoffnungen des technokratischen Umbaus des Bildungssystems wie Seifenblasen zerplatzen“. Die Umstellung sei nämlich bereits äußerst wirksam und drohe auf lange Zeit den Raum für alternative Reformbemühungen zu verstellen. Die Autoren des Appells hoffen, Verantwortliche in Politik und Verwaltung, Wissenschaft und Öffentlichkeit zum Nachdenken zu veranlassen, bevor die jetzigen Entwicklungen unwiderrufflich schädliche Konsequenzen haben.

Die Bildungsjournalistin Heike Schmall kommentiert das so: Die flammende Erklärung der Erziehungswissenschaftler gegen die Ökonomisierung des Bildungssystems kommt spät, aber nicht zu spät. Heutzutage riskiere keiner seine Existenz, wenn er Kritik nicht nur äußert, sondern sich dem kurzatmigen, ministeriell verordneten Reformaktivismus widersetzt. Dazu ist es noch nicht zu spät.

Wir können die Opposition aus dem Wissenschaftsbereich gegen den Ökonomisierungs- und Steuerungs-Mainstream als Ermutigung und Unterstützung gut gebrauchen. Sie kann uns anspornen, unsere Kritik an der vorliegenden Konzeption der eigenverantwortlichen Schule weiterhin forciert vorzutragen und in die nächste Etappe der Auseinandersetzung einzusteigen.